



Massentierhaltung hat keine Zukunft - Breites Bündnis fordert Umbau der Tierhaltung und Finanzierungskonzepte für bäuerliche Betriebe

Verbände des Agrarbündnisses Bayern kritisieren bei einer Protestaktion in Donauwörth Handlungsstillstand auf Bundesebene. CDU-Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner hat die Ergebnisse der Borchert Kommission nicht umgesetzt.

Das breite Bündnis aus 13 Verbänden fordert verbesserte Tierhaltungsvorschriften mit mehr Bewegungsmöglichkeiten für landwirtschaftliche Nutztiere, Auslauf im Freien, Einstreu statt nackter Betonböden und Futtermittel aus der Region statt aus dem Regenwald. Verbindliche und substantielle Verbesserungen beim Tierwohl wurden bereits im Februar 2020 von dem vom Bundeslandwirtschaftsministerium eingesetzten Kompetenznetzwerk Nutztierhaltung, der sog. Borchert Kommission, vorgeschlagen. Trotz einer Befürwortung im Bundestag im Juli 2020 fehlt bis heute die vorgeschlagene Finanzierungsstrategie.

Um eine verbesserte Tierhaltung zu erreichen und bäuerlich strukturierten Tierhaltungsbetrieben eine Zukunft aufzuzeigen, braucht es klare Zeitvorgaben und langfristige Finanzierungskonzepte. Der BN-Vorsitzende **Richard Mergner** erklärt: „Agrarministerin Julia Klöckner hatte jetzt über ein Jahr Zeit, die überfällige Reform der Tierhaltung anzupacken, passiert ist jedoch zu wenig. Von der Borchert Kommission wurde ein jährlich bis 2040 auf 3,6 Milliarden Euro steigender Förderbedarf für Investitionen, ein verbindliches Tierwohllabel und eine Unterstützung des Arbeitsmehraufwands geschätzt. Dieser Bedarf könnte durch eine mengenbezogene Tierwohlabgabe mitfinanziert werden. Dafür können jetzt erst in der künftigen Bundesregierung die Weichen gestellt werden, da Julia Klöckner das Thema ausgesessen hat.“

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Donauwörth

7.9.2021

PM 086-21/LFG

Landwirtschaft

Stephan Kreppold von der Regionalgruppe Schwaben der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) ergänzt: „Es muss endlich Schluss sein mit Futter aus dem Regenwald für die bayerischen Tierhalter! Eine entsprechende Petition der AbL und weiterer Verbände mit dem Ziel, das Zeichen geprüfte Qualität aus Bayern (gQB), mehr regionale Futtermittel und den Ausschluss gentechnisch veränderten Futters zu verankern, wurde erst kürzlich im Landtag von der CSU und den Freien Wählern abgelehnt. Verbrauchertäuschung wird damit billigend in Kauf genommen.“

Johanna Ecker-Schotte vom deutschen Tierschutzbund, Landesverband Bayern, kritisiert „den extremen Leistungsdruck in der Tierhaltung, der auch zuchtbedingt zu großem Tierleid führt. Vollspaltenböden und Kastenstände für Schweine, besonders die ganzjährige Anbindehaltung für Rinder, und überdimensionale Tierbestände in der Geflügelhaltung gehören abgeschafft.“

Auch eine **Änderung des Baugesetzbuchs auf Bundesebene** halten die Verbände für überfällig, damit industrielle Tierhaltungsstrukturen wie am Reichertswailer Hof, der bis vor kurzem zum Imperium eines holländischen Großinvestors gehörte, der auch mit einem Tierhaltungsverbot belegt war, künftig verhindert werden können.

„Wir fordern, dass Ställe in Zukunft nur noch genehmigt werden, wenn mindestens die Hälfte des Futters am eigenen Betrieb angebaut wird und zwar ausgerichtet am Futterbedarf der jeweiligen Tierart. Auch eine flächengebundene Tierhaltung von maximal zwei Großvieheinheiten pro Hektar Fläche sollte Voraussetzung für die Genehmigung werden. Gemeinden sollten darüber hinaus ein gesetzeswirksames Einspruchsrecht gegen den Bau industrieller Tierhaltungsanlagen erhalten“, so **Marion Ruppner, Agrarreferentin des BUND Naturschutz**.

Mit der Genehmigung für 3.000 Zuchtsauen und ca. 30.000 Ferkeln ist der **Reichertswailer Hof** der größte Ferkelerzeugerbetrieb in Bayern. Er zählt zu den 23 großen Ammoniakemittenten der Tierhaltung in Bayern, die vom Umweltbundesamt veröffentlicht werden.

Je größer die Anlage ist, umso höher ist auch das Risiko, **dass im Brandfall** viele Tiere ums Leben kommen, wie jüngst beim Brand in einer der größten Schweinefabriken in Alt Tellin in Mecklenburg-Vorpommern. Solche Großanlagen dürften nicht mehr genehmigt werden, so die Verbände.

Peter Maier, Greenpeace Augsburg: "Die Produktion von Billigfleisch heizt die Klimakrise durch Emissionen aus der Massentierhaltung an und der Futtermittelanbau vernichtet die Wälder, die wir brauchen, um der Klimakrise entgegenzuwirken. Unsere Klimaziele werden wir nur mit einer deutlichen Reduzierung des Fleischkonsums und einem Abbau der Tierhaltung erreichen. Die neue Bundesregierung muss endlich die längst überfällige Agrarwende einleiten: Mit einer Agrarpolitik, die mit dem Klimaschutz kooperiert, statt ihn zu bekämpfen, die Landwirt*innen und Verbraucher*innen zusammenführt, die eine europäische Vision hat und innovative Wege geht."

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Donauwörth

7.9.2021

PM 086-21/LFG

Landwirtschaft

Dr. Rupert Ebner, Slow Food München: „Industrielle Tierhaltung war bisher nur mit dem Einsatz von Antibiotika möglich. Doch dadurch werden resistente Erreger erzeugt, so dass die Wirksamkeit der Arzneimittel auch für den Menschen nachlässt und zur Gefahr wird. Der Einsatz von Reserveantibiotika darf künftig nur noch an Einzeltieren nach genauer Analyse angewendet werden, und auch in der Humanmedizin muss der Einsatz restriktiver gehandhabt werden.“

Für Rückfragen:

Marion Ruppenner
BN Agrarreferentin
Tel.: 0160 76 14 336
marion.ruppenner@bund-naturschutz.de

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg
Tel. 0911/81 87 8-0
Fax 0911/86 95 68
lfg@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

Donauwörth
7.9.2021
PM 086-21/LFG
Landwirtschaft